

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

Andreas Flocken

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Brexit – Mit Auswirkungen auf die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik?
- Teuer, komplex und oft nicht einsatzfähig? Moderne Hightech-Waffensysteme in der Kritik
- In eigener Sache – Veränderungen bei Streitkräfte und Strategien

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf die Themen:

- Brexit - Schwächung der europäischen Sicherheitskooperation zur falschen Zeit?
- Teuer, komplex und oft nicht einsatzfähig? Moderne Hightech-Waffensysteme in der Kritik.
- Und am Schluss ein Hinweis in eigener Sache. Denn im kommenden Jahr gibt es Veränderungen bei der Sendereihe Streitkräfte und Strategien. Und darüber wollen wir Sie informieren.

Zunächst aber zum Brexit. Großbritannien geht jetzt eigene Wege. Das hat weitreichende Folgen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen London und der EU. Welche Konsequenzen aber hat der Brexit für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, für die Verteidigungs- und Rüstungspolitik der EU? Fragen, denen Jerry Sommer nachgegangen ist:

Manuskript Jerry Sommer

Seit Februar ist Großbritannien nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Damit ist auch das militärische Potenzial der Briten nicht mehr für die EU zugänglich. Allerdings war es auch bisher nicht automatisch für die Europäische Gemeinschaft nutzbar. Denn die Verteidigungspolitik war und ist in der EU laut den EU-Verträgen vorrangig eine Angelegenheit der Nationalstaaten. Souveränität ist in diesem Bereich nicht an die EU abgegeben worden.

Die militärische Stärke der Vereinigten Königreichs ist jedoch erheblich: Es ist eine Atommacht mit Flugzeugträgern und fast 200.000 Soldaten. Mit umgerechnet 53 Milliarden Euro hat London in diesem Jahr mehr für die Rüstung ausgegeben als Frankreich oder Deutschland. Allerdings: Für die militärische Sicherheit Großbritanniens und der verbliebenen 27 EU-Staaten hat der Brexit praktisch keine Bedeutung, so die Sichtweise von Oberst a.D. Wolfgang Richter von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Richter

„Es ist nicht die EU, die für die Verteidigung gegen großangelegte Angriffe auf Europa nun wirklich zuständig ist, sondern in erster Linie die NATO.“

Als militärische Bedrohung wird insbesondere Russland angesehen – obwohl es erheblich weniger Mittel für Rüstung ausgibt als die europäischen NATO-Staaten. Militärisch ist Russland der westlichen Allianz deutlich unterlegen. Malcolm Chalmers vom Londoner „Royal United Services Institute“ weist darauf hin, dass insbesondere für die Briten die NATO eine herausragende militärische Bedeutung hat:

O-Ton Chalmers (Voiceover)

„Die europäische Verteidigung wird in der Realität vor allem durch die NATO koordiniert. Und Großbritannien hat sehr deutlich erklärt, dass es ein starkes NATO-Mitglied bleiben wird.“

Großbritannien will sich zukünftig stärker als bisher als „Global Player“ positionieren. Ohnehin hat sich London in den vergangenen Jahrzehnten weltweit immer wieder an Interventionen beteiligt - in Afghanistan nach den Terroranschlägen von New York und Washington, 2003 zog London an der Seite der USA in den Irak-Krieg, außerdem beteiligt sich die britische Regierung am Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischen Staat“.

Ob sich die Briten aber auch wirklich wie angekündigt künftig militärisch noch globaler ausrichten werden, ist offen. So sieht es jedenfalls Malcolm Chalmers vom Londoner „Royal United Services Institute“. Gegenwärtig würden folgende Fragen diskutiert:

O-Ton Chalmers (Voiceover)

„Es geht darum, ob sich das Vereinigte Königreich außer im Nahen Osten auch mehr im Indopazifik engagieren soll.“

Das könnte Auswirkungen haben auf die militärischen Kräfte Londons für Europa. Allerdings ist strittig, inwieweit Sicherheit - ob nun gegenüber Russland oder gegenüber China - vor allem militärisch gewährleistet werden soll. Eine Ergänzung oder eine Alternative - je nach Sichtweise – sind politische Maßnahmen. Zum Beispiel hat der französische Präsident Macron für eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland plädiert, ohne diesen Ansatz allerdings zu konkretisieren. Großbritannien sieht diese Annäherung jedoch sehr skeptisch. Insofern hat der Brexit die Gewichte innerhalb der EU verschoben, glaubt Bastian Giegerich vom „International Institute for Strategic Studies“ IISS in London:

O-Ton Giegerich

„Großbritannien war mit Blick auf Russland und noch bei einigen anderen Themen - ich will nicht sagen ein Gegengewicht - aber es hatte zumindest eine Gegenposition, die dann jetzt in dem Rahmen eben nicht mehr da ist.“

Trotzdem rechnen Sicherheitsexperten nicht damit, dass die EU mit Blick auf ihre Sicherheit zum Beispiel stärker auf Rüstungskontrolle setzen wird. Die Risse gehen weiterhin durch die EU, sagt Wolfgang Richter von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik:

O-Ton Richter

„Es gibt Staaten in der EU, auch in der NATO, die mehr für die Rüstungskontrolle werben und andere, die dem immer eher skeptisch gegenüberstehen. Das wird sich auch weiterhin in der EU zeigen, weil gerade die osteuropäischen Flankenstaaten, insbesondere Polen, Rumänien und die baltischen Staaten diesem Ansatz ohnehin skeptisch gegenüberstehen.“

Ähnlich verlaufen die Fronten wohl auch hinsichtlich einer stärkeren Integration der Verteidigungsstrukturen der EU-Staaten.

Großbritannien hat sich dem Ausbau eines militärischen EU-Hauptquartiers immer widersetzt, weil es dadurch die Vorrangrolle der NATO gefährdet sah. Doch ebenso denken u.a. die baltischen Staaten und Polen.

Seit 2003 führt die EU zivile und militärische Einsätze zur Konfliktverhütung und Friedenssicherung durch. Im Augenblick gibt es 17 solcher EU-Einsätze, an sechs sind auch Soldaten beteiligt. Von diesen Militär-Operationen sind allerdings drei lediglich Ausbildungsmissionen. Die Rolle Großbritanniens bei EU-Einsätzen war immer relativ bescheiden, sagt Bastian Giegerich vom „International Institute for Strategic Studies“:

O-Ton Giegerich

„Im Sinne von Beiträgen für EU-spezifische Einsätze und Missionen war der britische Beitrag immer sehr klein, wesentlich kleiner, als man das hätte erwarten können im Kontext der vorhandenen Fähigkeiten. Er lag in der Regel so bei ungefähr vier Prozent des eingesetzten Personals in EU-Missionen und -Operationen.“

Zahlenmäßig könnte der britische Beitrag daher durch die verbliebenen EU-Staaten vergleichsweise einfach ersetzt werden, so Bastian Giegerich.

Für die EU-Operation Atalanta gegen Piraterie vor der Küste Somalias stellten die Briten jahrelang die Kommandozentrale. Bei dieser vergleichsweise bedeutenden Mission beteiligten sich aber keine britischen Kriegsschiffe. Der Brexit hat die Operation Atalanta nicht beeinträchtigt. Nun hat Spanien bei dieser Operation das Kommando. Allerdings hat dieser Einsatz in den vergangenen Jahren an Relevanz verloren.

Trotz des EU-Austritts wird auch in Zukunft eine Beteiligung Großbritanniens an solchen Einsätzen grundsätzlich möglich sein. Denn schon bisher waren an solchen Missionen oft auch Nicht-EU-Staaten beteiligt. Jedoch wird dies jeweils von Fall zu Fall entschieden. Eine Vereinbarung mit Großbritannien könnte aber etwas schwieriger werden. Denn selbst wenn es gemeinsame Interessen und Ziele gebe, werde Großbritannien Mitspracherechte fordern, vermutet Bastian Giegerich:

O-Ton Giegerich

„Da ist die Schwierigkeit, dass im Moment die EU-Position ist, dass Drittstaaten in ihren Mitsprachemöglichkeiten relativ limitiert sind. Der Ansatz ist, dass die gleichen Regeln für alle Drittstaaten gelten sollen, während Großbritannien die Position vertritt, dass es eben mehr anzubieten hat als die meisten anderen Drittstaaten, und dass dies eben im zukünftigen Kooperationsgeflecht berücksichtigt werden sollte.“

Allerdings könnten hier durchaus befriedigende Lösungen für die EU und für Großbritannien gefunden werden. Das gilt auch für den von der EU neu eingerichteten „Europäischen Verteidigungsfonds“. Mit sieben Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt sollen in den nächsten sieben Jahren gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an Waffensystemen gefördert werden. Im November einigten sich die EU-Verteidigungsminister darauf, dass auch sogenannte Drittstaaten von diesen Geldern profitieren können – also auch Großbritannien. Die Summen sind jedoch nicht allzu groß – und die relativ starke britische Rüstungsindustrie kooperiert ohnehin bereits mit zahlreichen europäischen Rüstungsunternehmen. Viele Beschaffungsprojekte werden schon jetzt bilateral oder multilateral vorangetrieben. Im vergangenen Monat haben zum Beispiel Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien und Griechenland im Rahmen der NATO beschlossen, einen neuen multifunktionalen Hubschrauber zu entwickeln.

Die Bedeutung der EU-Koordinierung für Rüstungsprojekte hält der britische Sicherheitsexperte Malcolm Chalmers nicht für allzu groß. Politische und wirtschaftliche Aspekte seien viel wichtiger für die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Als Beispiel nennt Chalmers die Pläne zum Bau eines neuen Kampfflugzeugs. Neben dem deutsch-französischen FCAS-Projekt arbeiten die Briten an einem eigenen milliarden-schweren Programm:

O-Ton Chalmers (Voiceover)

„Der Markt ist nicht groß genug, wenn nur ein oder zwei Länder sich an solchen Projekten beteiligen. Deshalb gehe ich davon aus, dass der ökonomische Druck irgendwann dazu führt, dass die beiden Programme kooperieren werden. Vielleicht wird nicht das ganze Flugzeug gemeinsam produziert, sondern nur einzelne Teile oder einzelne Waffensysteme.“

Mit dem Brexit hat die EU zwar ein langjähriges Mitglied mit einem großen militärischen Potenzial verloren. Aber wegen der Bedeutung der NATO hat sich die

militärische Sicherheit der EU-Staaten nicht verändert. Und militärische EU-Missionen in den bisherigen Größenordnungen sind auch künftig ohne die Briten möglich.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Viele Waffensysteme der Bundeswehr sind nicht einsatzbereit. Das geht schon seit Jahren so. Und diese Situation hat sich bisher praktisch nicht verbessert. Das wurde einmal mehr deutlich durch den in diesem Monat vorgelegten Report mit dem sperrigen Titel „Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr“. Denn Hightech-Waffen sind inzwischen rollende oder fliegende Computer – und sie sind damit entsprechend schnell anfällig für Störungen. Der Generalinspekteur will die Bundeswehr daher stärker mit robustem und zuverlässigem Material ausstatten. Doch wie realistisch ist so eine Forderung? Björn Müller hat recherchiert:

Manuskript Björn Müller

Für den obersten Soldaten der Bundeswehr, Generalinspekteur Eberhard Zorn, haben viele Waffensysteme der Streitkräfte ein zentrales Problem: Durch die immer komplexeren elektronischen Systeme ist das militärische Gerät inzwischen extrem anfällig für Störungen. Im Einsatz kann das aber fatal sein. Die Bundeswehr brauche daher robustes Material, sagte der Vier-Sterne-General kürzlich der Deutschen Presse Agentur und fuhr dann fort – Zitat:

Zitat Zorn

„Militärisches Handeln ist nicht auf Ausbildung in einem Feldlager beschränkt, sondern umfasst Gefechtssituationen und kriegerische Auseinandersetzungen. Unsere Fahrzeuge müssen verlässlich und einsatzbereit sein. Einfache Bedienung und technischer Fortschritt müssen miteinander harmonieren. Unsere Autos müssen noch fahren, selbst wenn sie schon mal angeschossen wurden.“

Dabei hat die Bundeswehr mit ihren gepanzerten Fahrzeugen bereits besondere „Autos“ – um in der Sprache des Generalinspektors zu bleiben.

Ein Paradebeispiel für durch aufwendige Elektronik besonders anfälliges Gerät ist der neue Schützenpanzer Puma. Seine Einsatzreife verzögert sich seit Jahren.

Die Sensoren und elektronischen Sicherheitssysteme des Schützenpanzers Puma erzeugen immer wieder Fehlermeldungen – sehr zum Verdruss der Soldaten. Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums räumt gegenüber NDR Info ein - Zitat:

Zitat Verteidigungsministerium

„Diese Fehlermeldungen schränken die Funktionalität des Gesamtsystems zeitweise ein und erfordern teils auch einen Neustart von Software.“

Fehlermeldungen während eines Feuergefechts - für die Besatzung des Schützenpanzers wäre das ein Albtraum. Ein Verzicht auf leistungsfähige elektronische Systeme ist allerdings auch kaum eine Lösung. So sieht es jedenfalls Franz-Stefan Gady, Militärexperte am „International Institute for Strategic Studies“ IISS in London:

O-Ton Gady

„Man darf auch nicht vergessen, dass ohne Vernetzung und einer weiteren Digitalisierung von Plattformen und Systemen erhebliche Nachteile auf dem Gefechtsfeld für die Bundeswehr in Zukunft entstehen werden. Der Schlüssel bei dieser ganzen Sache ist Resilienz. Um diese Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit, zu stärken, würde ich mehr Geld in aktive Cyber-Defence und elektronische Kriegsführung investieren, um Systeme – nicht weniger komplex – aber eben robuster zu machen.“

Die Frage ist allerdings, wie. Tatsache ist: Weltweit arbeiten die Militärmächte an einer sogenannten „Multi-Domain“-Operationsführung. Das heißt: die in unterschiedlichen Räumen eingesetzten Waffensysteme sind alle miteinander vernetzt – also die Systeme in der Luft, auf dem Land, auf See bis hin zum Cyber-Raum. Das angestrebte Ziel: Das Erstellen eines umfassenden Lagebilds, um so das schnelle und optimale Zusammenwirken der Waffen bei der Bekämpfung des Gegners zu ermöglichen. Das geht allerdings nur über eine leistungsstarke Elektronik für diverse Sensoren, Jammer und andere Technologien. Streitkräfte, die diesen Weg nicht gehen, verpassen den Anschluss an die moderne Kriegsführung.

Um Ausfälle solcher Hochtechnologie in Waffensystemen zu kompensieren, ist für den Militärexperten Franz-Stefan Gady der Soldat ein entscheidender Faktor:

O-Ton Gady

„Wenn es um die Integration von komplexen Systemen geht, ist vor allem eine gute Ausbildung wichtig. Und das wird oft nicht erwähnt oder in diesem Kontext kaum besprochen. Letztendlich können nur die Soldaten und Soldatinnen dafür sorgen, dass ein Auftrag trotz Ausfall von irgendwelchen komplexen Systemen wirklich erfüllt werden kann.“

Der Ansatz von Generalinspekteur Zorn ist, bei der Planung neuer Systeme schon frühzeitig zu klären, welche Forderungen vital sind und welche nicht. Dafür wird nach Angaben des Verteidigungsministeriums ein - so wörtlich - „strenges Forderungscontrolling durchgeführt“. Das soll die Hochtechnologie reduzieren und das Gerät robuster machen. Mit dem Druck, dieses Forderungscontrolling zu verbessern, steht die Bundeswehr nicht allein da, sagt Jack Watling, Experte für Landkriegsführung am „Royal United Services Institute“ RUSI in London:

O-Ton Watling (Voiceover)

„In den vergangenen dreißig Jahren ging die Entwicklung stets in die Richtung, immer mehr elektronische Systeme in den Streitkräften zu verwenden. Der Grund war, dass unsere asymmetrischen Gegner sie nicht attackieren konnten. In Syrien haben es einige NATO-Länder allerdings mit den russischen Streitkräften zu tun. Dort lässt sich eine intensive elektronische Kriegsführung beobachten und dass Systeme – auf die wir normalerweise setzen – plötzlich nicht mehr funktionieren. Dasselbe gilt für die Ukraine. Inzwischen hat ein Überprüfungsprozess begonnen. Weltweit versuchen Streitkräfte herauszufinden, welche elektronischen Systeme besser geschützt werden müssen, welche verzichtbar sind und welche sich vereinfachen lassen.“

Für diesen Findungsprozess hat man allerdings nicht viel Zeit. Der Vorlauf für die Einführung neuer Großwaffensysteme beträgt mindestens eine Dekade. Für die ab 2030 auszuliefernden Waffensysteme müssen die Entscheidungen über die genauen Anforderungen also jetzt gefällt werden. Bei der Bundeswehr geht es zum Beispiel um einen neuen Kampfpanzer als Nachfolger des Leopard 2. Bei der Frage, wie sie ihre Hightech-Waffen effektiver konfigurieren

kann, hat die Bundeswehr gegenüber anderen NATO-Streitkräften einen großen Nachteil, sagt der Militärexperte Jack Watling:

O-Ton Watling (Voiceover)

„Deutschland hat ein sehr rigides Verständnis militärischer Eskalation im Sinne von - jetzt ist Frieden, jetzt ist Krieg. Die Bundeswehr ist vor allem auf die Landes- und Bündnisverteidigung ausgelegt. Und so lange Frieden herrscht, halten sich die deutschen Streitkräfte sehr zurück. Das kann man von unseren Gegnern nicht sagen. Aber auch nicht von den USA, Großbritannien oder Frankreich. Zwischen diesen Staaten und Russland ist ein dauerndes Geplänkel im elektro-magnetischen Bereich zu beobachten. Es zielt darauf ab, herauszufinden, welche Fähigkeiten der andere hat. Und ich denke, falls man nicht bereit ist, hier mitzumischen, bleibt man eben weniger informiert, wenn es darum geht, festzustellen, welche Fähigkeiten man priorisieren muss, um die eigenen Streitkräfte zu modernisieren und um konkurrenzfähig zu bleiben.“

Aufgrund der Zurückhaltung Deutschlands bei Kampfeinsätzen, sind die Möglichkeiten der Bundeswehr also eingeschränkt, um zu erfahren und zu lernen, wie sich ihre elektronischen Systeme im Einsatz behaupten. So testen auf dem syrischen Kriegsschauplatz Russland die USA und Großbritannien die Verwundbarkeit ihrer Waffen beim gegnerischen Einsatz von Störsendern, also sogenannten Jammern – aber auch bei Drohnenangriffen. Die Bundeswehr dagegen konzentriert sich bei ihrem Beitrag zur Anti-IS-Koalition in erster Linie auf die Luftbetankung - ein weitgehend unproblematischer Einsatz. Für den britischen Militärexperten Jack Watling haben die Waffensysteme der Bundeswehr zudem ein weiteres grundsätzliches Problem:

O-Ton Watling (Voiceover)

„Deutschland hat in der Vergangenheit Rüstungsvorhaben teils so betrieben, dass sie eher darauf ausgelegt waren, ökonomische Bedürfnisse zu befriedigen, anstatt einsatzbereites Gerät zu liefern oder effektive militärische Fähigkeiten aufzubauen. Ein Beispiel sind Deutschlands Panzerhaubitzen. Es ist viel Geld in exquisite und komplexe Fähigkeiten investiert worden, unter anderem, um die entsprechende Ingenieurexpertise zu erhalten.“

In der Tat steht die Beschaffungspolitik der Bundeswehr traditionell unter der Ägide, eine eigene Rüstungsindustrie zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Das galt besonders in den Jahren, in denen beim Verteidigungshaushalt massiv gespart werden musste. Das führte jedoch paradoxerweise beim Gerät zu sogenannten Goldrandlösungen - d.h. bei den Anforderungen wurde immer wieder draufgesattelt; die Folge: es wurden keine Waffensysteme entwickelt, die pragmatisch auf Einsatzreife ausgelegt waren. D.h., bis heute gibt es in

Deutschland eine Beschaffungspolitik und Rüstungskultur, die dem Ziel des Generalinspektors entgegenstehen, Projekte auf das militärisch Notwendige zu beschränken und damit den Rückgriff auf komplexe und störanfällige Hochtechnologie möglichst zu vermeiden. Kurz: Vor diesem Hintergrund dürfte das Ziel von Generalinspekteur Eberhard Zorn, die Truppe mit robustem Gerät auszustatten, ein frommer Wunsch bleiben.

* * *

Flocken

Soweit Björn Müller.

Und jetzt ein Hinweis in eigener Sache.

Die Reihe Streitkräfte und Strategien gibt es seit mehr als 50 Jahren. Die erste Sendung wurde 1968 ausgestrahlt. Seit vielen Jahren wird die Sendereihe auch als Podcast online gestellt. Podcasts werden immer beliebter. Und daher wollen wir das Angebot verbessern. Künftig werden Autorinnen und Autoren weiterhin interessante und wichtige sicherheitspolitische Themen recherchieren. Die Recherche-Ergebnisse werden dann aber – und das ist neu – durchgehend in Gesprächsform präsentiert – zusammen mit O-Tönen der befragten Experten oder betroffenen Personen. Wir denken, dass dadurch komplexe und schwierige Themen verständlicher und anschaulicher dargestellt werden können. Und noch etwas ist neu: Der Podcast hat künftig keine feste Länge mehr. Er kann also durchaus auch mal rund 50 Minuten lang sein, je nachdem, was es zu den jeweiligen Themen zu sagen gibt.

Auf NDR Info werden wir dann eine verkürzte Podcast-Fassung von 25 Minuten senden. Wie gewohnt immer in der geraden Woche - also am Sonntag um 12.35 Uhr und am Sonnabend künftig um 19.35 Uhr, also an diesem Tag 15 Minuten später als bisher.

Und noch etwas wird in Streitkräfte und Strategien im kommenden Jahr anders sein. Durch die Sendung bzw. durch den Podcast werden künftig zwei Personen führen. Julia Weigelt und Christoph Prössl präsentieren im Wechsel zu-

sammen mit mir wichtige und spannende Themen aus dem Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik.

Julia Weigelt ist vielen sicher bekannt - denn sie recherchiert bereits seit Jahren für die Sendereihe Streitkräfte und Strategien, hat Interviews und viele Beiträge gemacht. Und wie ist Julia Weigelt zum Thema Sicherheitspolitik gekommen?

O-Ton Weigelt

„Ich hatte schon immer Interesse an spannenden Menschen, und bei der Bundeswehr gibt es da einfach eine ganze Menge davon. Ich habe 2009 als Volontärin zum ersten Mal einen Regimentskommandeur interviewt und habe dann so eine Serie über Vorbereitungen für den Afghanistan-Einsatz gemacht und habe dann tatsächlich auch die Einheit als junge Volontärin in Afghanistan besucht. Und dann gab es irgendwie kein Halten mehr. 2012 war ich dann noch einmal mit der Bundeswehr in Afghanistan. Ich habe außerdem über Polizeiarbeit berichtet, und als ich mich dann selbständig gemacht habe, habe ich eben Sicherheitspolitik zu meinem Schwerpunkt gemacht. Mir gefällt einfach diese Vielfalt und auch die Komplexität. Man trifft viele spannende Menschen, kann die interviewen, und ich habe das bis jetzt keinen Tag bereut.“

Julia Weigelt wird also im kommenden Jahr mit an Bord sein und durch den Podcast bzw. die Sendereihe führen. Genauso wie Christoph Prössl, der ebenfalls schon seit Jahren für Streitkräfte und Strategien recherchiert. Er war Korrespondent in Brüssel, hatte dort viel mit der NATO zu tun, aber auch mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Eine weitere Station war das ARD-Hauptstadtstudio in Berlin. Dort hat er sich schwerpunktmäßig um die Bundeswehr und die Außenpolitik gekümmert. Und was reizt Christoph Prössl an diesen Themen?

O-Ton Prössl

„Die Bundeswehr habe ich eher über die politische Ebene kennen gelernt. NATO-Rat, Ministertreffen in Brüssel, aber auch Debatten über europäische Außen- und Verteidigungspolitik. Ich habe NATO-Einrichtungen besucht, durfte mehrfach ins Einsatzgebiet Afghanistan reisen. Was kann Militär dort ausrichten? Wichtige Frage, immer leitend. Es ist dieses große Spannungsverhältnis: Bündnisanforderungen, öffentliche Debatte in Deutschland, aber auch die Frage, kann die Bundeswehr die gestellten Anforderungen überhaupt erfüllen? Das finde ich immer wieder journalistisch interessant. In meiner Zeit als Korrespondent in Berlin kamen dann weitere Auslandseinsätze dazu. Mali etwa und das Thema Landesverteidigung wurde wieder wichtig. Also all die Fragen, mit denen ich mich schon beschäftigt hatte, wurden drängender. Ausrüstungs-

mangel, Beschaffungsprozesse, Debatte um den Wehretat, aber auch die innere Verfasstheit der Bundeswehr – wichtige Themen, kontrovers, oft mit mehreren Wahrheiten. Das interessiert mich persönlich und es ist journalistisch herausfordernd und spannend zugleich.“

Am 16. Januar wird Christoph Prössl zusammen mit mir mit dem neuen Streitkräfte und Strategien-Podcast bzw. der veränderten Sendereihe an den Start gehen.

Besonders wichtig ist uns dann natürlich ein Feedback. Wir wollen mit den Hörerinnen und Hörern ins Gespräch kommen. Über die E-Mail-Adresse der Redaktion – streitkraefte@ndr.de. Oder aber durch Audio-Nachrichten, also Voice Messages. Möglich ist das über die NDR Info App. Einfach unten auf die drei waagerechten Balken klicken, danach auf „Mitteilungen“ und dann auf das „Mikrofon“. Abschicken - und schon ist das Feedback als Audio bei uns angekommen. Auf Ihre Reaktionen sind wir natürlich sehr gespannt. Soviel also in eigener Sache zu den Veränderungen bei Streitkräfte und Strategien.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie wie gewohnt als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Einen schönen Sonntag und trotz Corona-Krise einen hoffentlich guten Start ins neue Jahr wünscht Andreas Flocken.